

Forschungsjournal

Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft

Soziale Bewegungen

Heft 4/2015, Verlag Lucius und Lucius, Stuttgart

ISSN2192-4848 <http://forschungsjournal.de/>

Zivilgesellschaft und Klimawandel

Eingeschränkte Handlungsspielräume, Protest und Kooptation

Barbara Unmüßig

Bei den nächsten Klimaverhandlungen in Paris wird sich die ganze Vielfalt der Zivilgesellschaft für mehr Klimaschutz und Gerechtigkeit entfalten: Das „Protestcamp“ wird mit diversen Demonstrationen und phantasievollen Aktionen genauso vertreten sein wie die professionelle NRO-Welt, die ihre Möglichkeiten nutzen will, von „innen“ die Verhandlungen zu beobachten, zu beeinflussen und medial zu kommentieren. Dies sind durchaus komplementäre Stärken, die – geschickt genutzt – eine strategisch wichtige Ressource der Zivilgesellschaft sein kann.

Spätestens sei Kopenhagen 2009 ist klar: Es gibt positionelle Differenzen und organisatorische Trennlinien. Die einen halten nichts mehr von der Konferenzdiplomatie und setzen auf Druck von unten, auf dezentralisierte Aktionen. Die anderen wollen den schmalen Grad der Konferenzdiplomatie ausnutzen und tragen nicht selten gefundene Kompromisse von Emissionshandel, Clean Development Mechanism etc. mit. Und es gibt zivilgesellschaftliche Akteur/innen, die das „Spiel“ – von draußen protestieren und drinnen mitverhandeln – beherrschen.

Es macht deshalb Sinn, nach den verschiedenen Zielen und Aktionsformen der jeweiligen Akteur/innen zu differenzieren, wenn wir über Zivilgesellschaft, soziale Bewegungen und NROs rund um Paris reden. Wichtig ist, ob es zum strategischen Austausch kommt, wie die verschiedenen Zugänge zur komplementären Stärke ausgebaut werden können statt

sich wechselseitig zu paralysieren. Das berührt die Strategiefähigkeit der Zivilgesellschaft. Nach Kopenhagen haben viele NROs und Netzwerke ihre Strategien und die vielen Ressourcen reflektiert, die in den Verhandlungsprozess gesteckt wurden. Dezentrale Aktionen und Protest haben als Aktionsform Auftrieb zugunsten der Konferenzdiplomatie erhalten. Diese Reflexion hätte aber viel stärker zwischen den „Camps“ geführt werden müssen.

Ein solcher Austausch ist umso dringlicher, als sich die politischen Handlungsspielräume für soziale Bewegungen und Proteste in vielen Ländern der Welt massiv einschränken. Wir erleben in verschiedenen Ländern eine Zunahme juristischer, bürokratischer oder steuerlicher Schikanen, die die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten massiv einschränken. Diejenigen, die sich für den Erhalt ihrer Lebensgrundlagen und lokaler Ressourcen einsetzen oder gegen die Erschließung von Rohstoffen protestieren, sind in vielen Ländern der Welt vermehrt ins Visier staatlicher und privater Gewalt geraten und Zielscheibe von Repression oder Kriminalisierung.

Neben den lokalen NROs und Aktivist/innen werden auch ausländische Organisationen und Stiftungen, die Partner(inn)en vor Ort in ihren sozialen und ökologischen Kämpfen unterstützen, eingeschüchtert und an der Arbeit gehindert. In manchen Ländern finden regelrechte Hetz- und Diffamierungskampagnen gegen jede Form von Opposition statt. NROs und kritische Köpfe werden, wenn sie mit ausländischen Organisationen oder Stiftungen kooperieren, als „verlängerter Arm“ des Westens oder als „ausländische Agenten“ angeprangert. Jede Form der Einschränkung scheint erlaubt: Aktivist(inn)en werden verhaftet, Konten eingefroren, Drohungen ausgesprochen, Lizenzen entzogen, Internetseiten blockiert, Registrierungen und Überwachung erzwungen, Büros geschlossen. In vielen Ländern gilt die innere Sicherheit und der Kampf gegen Terrorismus als Vorwand, demokratische Organisationen mundtot zu machen oder zu verbieten – ein Generalverdacht, der alle repressiven Maßnahmen legitimieren soll.

Diese Praktiken beschränken sich nicht alleine auf autoritäre oder semiautoritäre Regime. Auch in demokratischen oder partiell demokratischen Ländern beobachten wir, dass sich ein ganzes Bündel von juristischen, administrativen und repressiven Maßnahmen der Regierungen vor allem gegen jene sozialen Bewegungen und NROs richtet, die sich gegen Großprojekte wie Kohle, Erdöl- oder Gaserschließung oder andere Infrastruktur- und Investitionsprojekte (z.B. Pipelines, Landgrabbing) zur Wehr setzen. Nicht nur in China, Russland, Indien, Äthiopien, der Türkei oder Kambodscha stehen Umweltschützer(innen) als Teil der Zivilgesellschaft unter Druck. Überall, wo es um Kontrolle des Zugangs zu und die Ausbeutung von strategischen natürlichen Ressourcen geht (von Kohle, Öl und Gas über Wasser, Wälder, Land und Biodiversität bis hin zu genetischen Ressourcen), greifen die Mächtigen zu Strategien, um sich ihre Macht zu sichern und ihrem Geschäftsmodell das Überleben zu sichern.

Politische und ökonomische Interessen gehen in vielen Ländern Hand in Hand – entsprechend groß ist dort die Sorge um Machtverlust. Proteste gegen Landnahmen und Groß-

projekte sind da nicht willkommen. Die Finanzierung der Zivilgesellschaft aus dem Ausland dient hier als Vorwand und schürt vor allem nationalistische Ressentiments, die von diesen Interessen ablenken.

Es klingt deshalb schon fast zynisch, wenn im Kontext der Verabschiedung der Sustainable Development Goals (SDG) bei der UN-Generalversammlung mal wieder das Hohelied der NROs gesungen wird, die eine zentrale Rolle bei der Überwachung und Umsetzung der SDGs spielen sollen.

Mehr denn je stellt sich die Frage: Wer ist die erwünschte Zivilgesellschaft (gut) und wer ist unerwünschte Zivilgesellschaft (böse)? Diese Spaltung läuft auf Hochtouren und es ist nicht so, als hätten die Akteur/innen mit Blick auf diesen unübersehbaren globalen Trend – hier die Repression und Kriminalisierung kritischer Köpfe und Organisationen, dort die Instrumentalisierung für staatliche und internationale Programme – eine Debatte begonnen.

Bei allem Trennenden im Positionellen und in den Handlungsformen: Es geht um die Verteidigung von Grundrechten und von demokratischen Grundsätzen und Handlungsspielräumen für zivilgesellschaftliche Akteur/innen.

Eine politische Aufgabe ersten Ranges ist es daher, alles dafür zu tun, die Handlungsspielräume für demokratische Zivilgesellschaften offenzuhalten bzw. dafür zu kämpfen, dass sie überhaupt gewährt werden. Das ist eine dringliche Voraussetzung für eine ambitionierte Klima- und Transformationspolitik.

Sechs Thesen zur Rolle von zivilgesellschaftlichen Akteuren in der Transformationⁱ

Antworten auf die Frage, was die Zivilgesellschaft zur sozialen und ökonomischen Transformation beitragen kann, sollten mit einer Analyse der politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen (externe Faktoren) und einer differenzierten und ehrlichen Auseinandersetzung zur Verfasstheit der Zivilgesellschaft (interne Faktoren) einhergehen. Es sollte zudem die Frage einbezogen werden, wie ex- und interne Faktoren ineinandergreifen und sich teilweise verstärken – so komplex dies auch ist.

Machen wir uns nichts vor: Die professionelle NRO-Welt (und auf diese beziehe ich mich weitestgehend) kann angesichts verhandlungsstarker politischer und wirtschaftlicher Interessen die großen globalen Trends nicht umkehren. Sie kann aber Projekte und Policies (zum Beispiel Atom- und Kohlekraftwerke, Acta oder vielleicht auch TTIP) verhindern, indem sie wirkungsmächtige Allianzen schmiedet, Watchdog für Fehlentwicklungen ist, gesellschaftliche Debatten und Gegenöffentlichkeit organisiert und politische Alternativen entwickelt. Das geschieht glücklicherweise und zeigt, wie essenziell demokratische zivilgesellschaftliche Initiativen sind. Mit den großen Krisen und den notwendigen sozialen, ökologischen und kulturellen Transformationen im Blick müsste sie sich aber strategischer aufstellen, sich besser koordinieren, selbstreflexiver werden, selbstgemachte Frag-

mentierungen überwinden und sich instrumentalisierenden und kooptierenden Tendenzen widersetzen.

1. Globalisierung schreitet voran, mit ihr die sozialen, ökonomischen und politischen Krisen

Der Klimawandel, die Finanz- und die Welternährungskrisen, fragile Staatlichkeit und die globale Armut sind herausragende globale Herausforderungen. Globalisierung und auch die avisierten sozialen Transformationsprozesse verlaufen krisenhaft, mit Gewinnern und Verlierern. Beides sind komplexe soziale, ökonomische, ökologische und kulturelle (Anpassungs-)Prozesse. Der Wettbewerb um ökonomische und damit auch geopolitische Einflussphären ist in vollem Gange. Eine Welt, die sich an planetarische Grenzen hält und innerhalb des Zwei-Grad-Korridors bleibt, ist nicht in Sicht. Die Grüne Ökonomie ist immer noch eine Nischenökonomie, die ihrerseits an menschenrechtsbasierte und soziale Kriterien stärker rückgebunden werden muss.

Krisen und negative Trends sind sowohl in ihren Ursachen als auch in ihren Wirkungen eng miteinander verschränkt. Die isolierte und sektorale politische Bearbeitung der Krisen stößt deshalb längst an ihre Grenzen. Vernetztes Handeln über einzelne Politikfelder und über nationale Grenzen hinweg ist mehr denn je notwendig. Dazu gehört ein neues Verständnis von Interdependenz, globalem Interessenausgleich und Wohlstand. Die globale Erwärmung zu begrenzen, die »Große Transformation« hin zu einer postfossilen Wirtschaft nachhaltig und sozial gerecht zu gestalten, den Ressourcenverbrauch einzudämmen, Armut und Hunger strukturell zu bekämpfen, Konflikte und Kriege zu verhindern und friedlich beizulegen, das sind die Kernziele, an denen sich politische und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse auf der globalen, regionalen und nationalen Ebene orientieren sollten.

2. Machtkonzentration

Es gibt strukturelle Blockaden, die die nötige Transformation der fossilen Wirtschaft, des Finanzmarkts, der agroindustriellen Produktion und der globalen Mobilität verhindern oder bremsen. Die Konzentration von Wirtschaftsmacht in immer weniger Hände (wenige Konzerne kontrollieren die globale Wertschöpfungskette der Ernährung) und die Verknüpfung staatlicher und wirtschaftlicher Macht (zum Beispiel viele Staatskonzerne im fossilen und Bergbausektor) erschweren immer häufiger am Allgemeinwohl orientierte und demokratische Regelsetzungen. Dieses Vorgehen unterminiert die staatliche Schutzverantwortung sowie Rechenschaftspflichten wirtschaftlicher Akteure. Demokratisch gewählte Parlamente verlieren an Gestaltungskraft, vor allem in der Bewältigung von Krisen (Eurokrise), oder werden nicht rechtzeitig und ausreichend einbezogen (Finanzmarktregulierung über supranationale Organisationen, Freihandelsabkommen wie CETA oder TTIP). In Transitionsländern und autoritären Staaten gibt es wenig oder gar keine parlamentarischen Kontrollen und kaum freie Medien, die als Gegenöffentlichkeit fungieren könnten.

3. Globale Machtverschiebungen infolge des Aufstiegs der Schwellenländer verändern die Nachkriegs-Governance-Ordnung massiv und machen multilaterale Regelung komplexer

Die normative und erst recht die operative Rolle der UNO nimmt ab. Der Einfluss internationaler Organisationen der Nachkriegsordnung bleibt zwar hoch, nimmt jedoch ebenfalls tendenziell ab. Wo Schwellenländer ihren ökonomischen Machtzuwachs in politische Macht ummünzen (zum Beispiel Stimmrechtsverteilung in der Weltbank – China nun an zweiter Stelle, G20), heißt das noch lange nichts Gutes für eine soziale und ökologisch nachhaltige Entwicklung. Leider erleben wir im Schulterschluss zwischen Industrie- und Schwellenländern gerade einen Abbau errungener Sozial- und Umweltstandards sowie von Beteiligungsrechten und Rechenschaftspflichten (zum Beispiel bei multilateralen Banken, vor allem der Weltbank).

Zudem gibt es zahlreiche neue regionale und globale Clubs für wirtschaftliche und sicherheitspolitische Themen. Diese neuere »Club-Governance« erschwert ebenfalls die politische Kontrolle. Es gibt kaum Transparenz-, Beteiligungs- und Accountability-Mechanismen. Sie produziert neue Unübersichtlichkeit, denn formalisierte partizipatorische Zugänge sind nicht entwickelt (G20, BRICS). Die Zivilgesellschaft tut sich schwer mit den neuen Akteuren. Das alte Nord-Süd-Muster passt nicht mehr und wird zunehmend abgelöst von immer komplexeren staatlichen und ökonomischen Akteurskonstellationen. Hier wird es immer schwerer, auf Weichenstellungen durch zivilgesellschaftliche Interventionen zu reagieren. Süd-Süd-Kooperationen der Zivilgesellschaft sind noch sehr unterentwickelt (zum Beispiel zwischen BRICS-Ländern). Wissen und Kapazitäten zu makroökonomischen Themen sind wenig ausgeprägt, im Norden wie globalen Süden. Erfolgreiche Beiträge zur Transformation müssen hier ansetzen und die Süd-Süd-Vernetzung vorantreiben. Mitspracherechte in den neuen Clubs wie BRICS oder G20 müssen noch erstritten werden.

4. Diskriminierung und Kriminalisierung von NRO und CSO nehmen zu

Die staatlichen Angriffe auf kritische, demokratisch orientierte Akteure sowie auf NRO und Civil Society Organisations (CSO) nehmen weltweit zu. Diskriminierung und Kriminalisierung sind die Folge. Auch Morde an Aktivistinnen und Aktivisten (vor allem im lokalen Widerstand) werden häufiger. Weltweit schränken über 40 sogenannte NRO-Gesetze den Handlungsspielraum von NRO und Zivilgesellschaft massiv ein. Juristische Einschränkungen und finanziell-administrative Auflagen erschweren nationalen und internationalen Akteuren immer erfolgreicher das politische Einmischen. Hinzu kommen politisch und medial inszenierte Verleumdungskampagnen (ausländische Agenten, Terroristen). Sie schüchtern ein und nötigen bisweilen zur Selbstzensur. De facto haben nördliche NRO, Stiftungen und Think Tanks noch wenige Antworten auf diesen Trend formuliert. Gemeinsames politisches Agieren wäre hier besonders dringlich. Der Austausch dazu müsste organisiert werden. Denn ohne demokratische Spielräume gibt es auch nur unzureichende Einmischung in Transformations- und Anpassungsprozesse in Süd, Ost und West.

5. Die (Selbst-)Entzauberung der NRO-Welt

Wie schon oben beschrieben: Harte politische und ökonomische Interessen werden in der Regel ohne (breite) demokratische Partizipation und Transparenz durchzusetzen versucht. Eine nennenswerte zivilgesellschaftliche Mitgestaltung wird von mächtigen Vertretern wirtschaftlicher und politischer Interessen als störend empfunden. Politische und finanzielle Ressourcen waren für zivilgesellschaftliche Akteure im Gegensatz zu den finanzmächtigen Interessensgruppen immer schon begrenzt. Der institutionelle Einfluss und die Verhandlungsmacht professioneller NRO waren wahrscheinlich in den 1990er Jahren und zu Beginn der 2000er Jahre auf einem Höhepunkt, die politische Wirkung durchaus beachtlich; sie sind heute global jedoch eher rückläufig. Die Entzauberung ist spätestens mit dem Klimagipfel in Kopenhagen deutlich geworden. Allerdings gehört auch zur ehrlichen Analyse dazu, dass sich überall auf der Welt zivilgesellschaftliche Akteure in den oben beschriebenen Grenzen bestens eingerichtet haben. Viele NRO fungieren als (Voll-)Ersatz für staatliche soziale, humanitäre und umweltpolitische Dienstleistungen, hängen am Tropf externer staatlicher oder privater Geldgeber. Wo der Staat nicht handelt, ist es gut, wenn zivilgesellschaftliche Akteure Not lindern (ohne Ärzte ohne Grenzen gäbe es noch mehr Ebola-Tote) und zur sozialen Infrastruktur beitragen. Häufig genug entlasten sie aber auch für zu lange oder immer den Staat, statt ihn zur Verantwortung zu ziehen. In Afghanistan lässt sich das gut studieren, ebenso auf den Philippinen mit über 30.000 NRO. Das ist kein ganz neuer Trend, der in der Literatur gut beschrieben ist, er hat jedoch zugenommen. Der globalen Tendenz zur Privatisierung hoheitlicher Aufgaben folgen viele NRO. Im Gesundheitsbereich ist dies ganz offensichtlich. Die Melinda & Bill Gates Foundation verfügt über mehr Gelder als die WHO und versteht das eigene Mandat bewusst als eines außerhalb der WHO.

Professionelle NRO werden in vielen Fällen als Ko-Eliten betrachtet und von Regierungen auch so instrumentalisiert. Das führt dazu, dass sie entlang ähnlicher politischer und ökonomischer Sachzwänge Hand in Hand mit staatlichen Institutionen agieren und ihre Watchdog-Funktion und ihre Rolle als Gegenöffentlichkeit verlieren. Dort, wo Staaten mangelhafte Steuerungskapazitäten haben und/ oder in die Moderatorenrolle gehen, werden vor allem große NRO eingebunden.

In sogenannten Multi-Stakeholder-Runden werden mit (BIG) NRO meist freiwillige Regeln ausgehandelt. So werden manchmal Politiken legitimiert, die der notwendigen Transformation eher entgegenstehen, die ohne Rechenschaftslegung und demokratische Rückkoppelung mit Betroffenen und ihren demokratisch legitimierten Interessensvertreterinnen und Interessenvertretern erfolgen. Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, dass durch solche Prozesse der lokale Widerstand (zum Beispiel gegen Abholzung) geschwächt wird.

Die emanzipatorische Rolle, die Rolle als Gegenmacht oder als Watchdog staatlicher Politik und internationaler Organisationen ist in vielen Ländern ausgehöhlt. Staatliche und zunehmend private Geberstrukturen, die Mittel unkoordiniert an die Empfängerländer verteilen, befördern zusätzlich die Entpolitisierung. Zu beobachten ist dies zum Beispiel

auch in Transformationsgesellschaften wie Tunesien: Viel zu viele private und offizielle Geber überfordern eine schwache institutionelle Zivilgesellschaft. Damit überfordern sie die NRO, die sich in der Welt der Anträge, Indikatoren und des Monitorings schwer zu recht finden.

Neue soziale Bewegungen setzen sich von diesem Typus professioneller NRO bewusst ab, sehen sich als deren Alternative und kritisieren die politischen Instrumente und Organisationsformen der klassischen NRO-Welt der letzten Jahrzehnte. Zu Kooperationen zwischen neuen sozialen und politischen Akteuren und der »alten« NRO-Welt kommt es daher äußerst selten, weder bei uns noch im globalen Süden.

Unübersehbar ist die wachsende Hierarchisierung in der professionellen NRO-Welt. Die großen »Tanker« werden staatlicherseits angesprochen und sie können sich selbst größere Kampagnen sowie aufwändige Lobbyarbeit leisten. Das treibt Keile zwischen die zivilgesellschaftlichen Akteure. Bei den Entwicklungs- und Umwelt-NRO sind es die »großen Tanker«, die weltweit Büros eröffnen bei gleichzeitig unzureichender Reflexion zu den Auswirkungen auf die lokale Zivilgesellschaft und deren Beteiligungsansprüche. Es sind die »Multis« unter den NRO und großen Stiftungen, die die größeren Zugänge bei der UNO, beim World Economic Forum oder den nationalen Ministerien bekommen.

6. Dilemma: Professionalisierung, Spezialisierung und Transformation

Zum einen führt die zunehmende Komplexität der Gestaltung politischer Prozesse zu einem wachsenden Anforderungsprofil an zivilgesellschaftlicher Partizipation, die längst auf professionelle Expertise und damit auf eine Professionalisierung institutionalisierter zivilgesellschaftlicher Akteure angewiesen ist. Zum anderen erschweren die Fragmentierungen und Hierarchisierungen innerhalb der Zivilgesellschaft die zivilgesellschaftliche Einmischung. Die Zivilgesellschaft« ist nicht einmal auf nationaler Ebene (und schon gar nicht global) einheitlich verfasst, sondern durch strukturelle Widersprüche und Verwerfungen geprägt. Solche Widersprüche werden zum Beispiel in Transformationsdebatten zwischen Gewerkschaften und Umweltschutzverbänden sichtbar (etwa bei der Einschätzung der Notwendigkeit von Wirtschaftswachstum). Unterschiedliche Bewertungen – politisch und in den Organisationsformen – werden jedoch selten diskutiert.

Der Professionalisierungszwang bringt wachsenden Finanzierungsbedarf mit sich. Der wachsende Finanzierungsbedarf als Folge der Professionalisierung zivilgesellschaftlicher Akteure wiederum tendiert zu einer Verschärfung der Abhängigkeit professioneller zivilgesellschaftlicher Akteure von Geldgebern. Die Folgen sind eine Bedrohung der politischen Unabhängigkeit, die Tendenz zu verstärkter Spezialisierung und eine Neigung zu unterkomplexer Spendenakquise. Spendenkampagnen suggerieren häufig einfache Lösungen: Mancher Umweltverband macht glauben, dass mit drei US-Dollar der Gorilla, mit fünf US-Dollar der Tiger zu retten sei. Die Entwicklungsorganisationen bestärken die »Illusion of Aid«.

Finanzen gibt es häufig nur für spezifische Handlungsfelder und für solche, an denen Staaten oder wirtschaftliche Akteure besonderes Interesse haben, oder aufgrund politischer Anlässe (beispielsweise bei UN-Konferenzen). So entstehen thematische Lücken in der Transformationsagenda und/oder »Themen-Hopping«. Die Zivilgesellschaft produziert »blinde« Flecken, Teilöffentlichkeiten und Teillobbys für spezifische Themen. Der Blick fürs Ganze geht verloren. Für übergreifende, nicht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit alimentierten »Arbeitsaufträgen« stehende Diskurse fehlen nicht selten finanzielle und personelle Ressourcen. Ganzheitlich-systemische Sichtweisen gehen in hochprofessionellen Spezialdiskursen unter, die wiederum schwer in die breitere Öffentlichkeit zu vermitteln sind.

Eine weitere Folge des großen Finanzbedarfs ist die wachsende Konkurrenz untereinander. Der Wettlauf um Geldtöpfe und der damit häufig verbundene Wettlauf um Medienaufmerksamkeit wirkt unter anderem einer systematischen strategischen Zusammenarbeit entgegen. Koordination ist nicht nur ein Problem der staatlichen Geber, sondern auch eines innerhalb der Zivilgesellschaft. Wirksame Beiträge zur sozialen und ökologischen Transformation erfordern jedoch mehr denn je Absprachen, die Fokussierung auf weichenstellende Themen und sinnvolle Arbeitsteilung.

Was tun?

Wer kann was am besten? Dies müsste viel öfter die handlungsleitende und strategische Frage sein. Was ist relevant, was nicht? Wo sind wichtige Stellschrauben für die Zukunft? Das ist leider nicht immer der Kern der Agenda.

Das Wissen um den Zustand der Welt mündet ein ums andere Mal in Aufforderungen zum radikalen Handeln. Die kritische Wissenschaft ist hier aber manchmal radikaler als manche NRO. Politische Tugenden sind zu Recht Dialogfähigkeit, Lösungsorientiertheit und Kompromissfähigkeit. Für die Zivilgesellschaft gilt jedoch auch: Konfrontation und Nein-Sagen, auch zu manch einem Multi-Stakeholder-Dialog, vor allem, wenn er nur Zeit und Ressourcen frisst, die politische Agenda für die avisierte soziale und ökologische Transformation aber nicht voranbringt.

Um strategischer im Sinne der großen Transformation zu werden, braucht es Platz und Räume innerhalb von und zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Was muss sich innerorganisatorisch ändern, um die Spezialisierung und Sektoralisierung von Politikfeldern zugunsten von Kooperation und politischen Synergien zu verändern?

Ein Anfang könnte die Organisation eines jährlichen Ratschlags sein, bei dem wichtige Akteure aus dem Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsbereich zusammen mit Sozialverbänden und Gewerkschaften zusammenkommen, um politische Prioritäten zu diskutieren. Wo sind wichtige politische Zeitfenster, die weichenstellenden Charakter ha-

ben können (zum Beispiel EU-GAP-Reform) und deshalb einen großen Teil der Ressourcen der Zivilgesellschaft brauchen? Was ist lohnenswert, was nicht?

Solche Ratschläge oder Klausuren sind auch für Teilthemen sinnvoll. Hier könnten eine sinnvolle Arbeitsteilung entlang der jeweiligen Kompetenzen besprochen und pragmatische Ad-hoc-Allianzen geschmiedet werden. Was lässt sich gemeinsam bewirken? Was müssen wir verhindern?

Einiges davon gibt es schon sehr erfolgreich oder es ist im Entstehen (beispielsweise die Kampagne »Wir haben es satt«, die »Anti-Kohle-Allianz« oder den »AK Rohstoffe«). Das ist gut so, aber ausbaufähig, vor allem im Sinne einer permanenten Reflexion darüber, wo wir stehen und wo wir hinwollen.

Barbara Unmüßig ist seit 2002 Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung. Sie verantwortet die internationale Arbeit der Stiftung in Lateinamerika, Afrika, Asien, dem Nahen und Mittleren Osten und die des Gunda-Werner-Instituts für Feminismus und Geschlechterdemokratie. Die thematischen Schwerpunkte sind insbesondere Globalisierung, Menschen- und Frauenrechte, Geschlechterpolitik, internationale Klima-, Agrar- und Ressourcenpolitik sowie Demokratieförderung und Krisenprävention. 2000 gründete sie das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) mit, ist seit 2001 Mitglied seines Kuratoriums und seit 2009 stellvertretende Kuratoriumsvorsitzende. Sie ist außerdem Vorsitzende der Jury des Anne-Klein-Frauenpreises. Sie hat zahlreiche Zeitschriften- und Buchbeiträge veröffentlicht, u.a. zu Fragen der Global Governance, der internationalen Umweltpolitik und der Geschlechterpolitik veröffentlicht.

ⁱ Der folgende Teil des Beitrags erschien erstmalig in VENRO Diskussionspapier 1/2015.